

# Achtung: Abstimmungs-Manipulation

Mit diesem Inserat wurde das katholische Österreich in den letzten Tagen vor der Volksabstimmung über den Beitritt zur EU 1994 manipuliert und *verführt*. Das Bild der Bischöfe des Landes beim Heiligen Vater suggerierte, dass die Bischofskonferenz des Landes den EU-Beitritt offiziell empfehle. Nur wenige Bürger sahen unter dem Bild das Kleingedruckte: Inserat. Es war eine Bild- und Textcollage des PR-Büros, das im Auftrag der Grossfinanz dieses Inserat in allen Zeitungen des Landes publizierte.

„Geld spielt keine Rolle“, hiess es damals auf der Befürworter-Seite.

„Geld spielt keine Rolle“, gilt auch für das Integrationsbüro in Bern.

Die Bevölkerung können das Ja-Komitee, Bundesrat, Integrationsbüro und der „Blick“ (die neue Haus- und Hofzeitung von Bundesrat Deiss) weniger gut mit Kirchenmännern über den Tische ziehen. Deshalb setzen sie politische Vertrauensleute der verschiedenen Landesregionen und Menschen ein, die von ihrem Beruf her dem „Volk“ vertraut sind. Fragen Sie sie, ob sie die im „Blick“ publizierten Fragen diesem wirklich gestellt haben, oder ob sie – wie es in einem Fall schon feststeht – nur ihren Namen dem Ja-Komitee zur Verfügung gestellt haben: Der „Blick“ hat die „Frage“ erfunden, damit BR Deiss in seiner neuen „Prawda“ die Propaganda plazieren kann. Das „Ja-Büro“ hat schon vergangene Woche verlauten lassen, dass es in der letzten Woche noch eine Schlussrunde „Positivkampagne“ mit allen Bundesräten machen werde. Zu diesem Zweck wurde aus Deutschland Johannes Rau eingeladen, der sich natürlich voll in die Abstimmung einmischt („Echo der Zeit“ vom Mittwoch). Er empfiehlt uns, bei allem Verständnis für die direkt-demokratische Eigenheit der Schweiz, am 21. Mai „Weitsicht“ zu zeigen und zuzustimmen. Wir empfehlen ihm, in seinem eigenen Haus zu kehren und im sozialistischen Deutschland mehr „Weitsicht“ zum Tragen zu bringen. BR Ogi hat seinen Empfang begleitet, wie wenn er der grösste Patriot wäre; er verschweigt, dass er Land und Leute verrät und die Schweiz immer stärker in die Nato einbinden will. Dies im Zeitalter einer neuen Nato-Doktrin mit einer Hochrüstungsrunde in der ganzen Welt, wie Europa sie vor dem Ersten Weltkrieg kannte. Wollen Sie, liebe Frauen und Mütter, dass Ihre Kinder in einigen Jahren in kommende Kriege einbezogen werden? General Guisan hat Land und Menschen damals verteidigt, BR Ogi verrät sie für ein Linsengericht; er tritt in die Fussstapfen von Pilet-Golaz. Dieser Teil „Positivkampagne“ vom „Ja-Komitee“ wird von einer Schlussrunde „Negativkampagne“ begleitet:

Kürstler Post ANZEIGEN 3. Juni 1994 21



Aus der Erklärung der österreichischen Bischöfe vom März 1994:

„Es steht uns Bischöfen nicht zu, den Katholiken ein Ja oder Nein zur EU zu empfehlen. Wir weisen aber darauf, daß nach zwei mörderischen Weltkriegen Staatsverträge aus christlicher Verantwortung das Konzept einer europäischen Integration entworfen und gefördert haben, weil ihnen ein dauerhafter Frieden in Europa nur durch wachsende wirtschaftliche, kulturelle und politische Integration als möglich erschien. Diese Sicht ist in der heutigen Situation unvermindert aktuell.

Bei aller gebotenen sorgsamem Abwägung des Für und Wider zur weiteren Integration wird ein bewußter Christ den Auftrag und die Chance ernst nehmen, auf dem Bauplatz Europa mit den Maßstäben des Evangeliums mitzütätig zu sein.“

Bauen wir also – in christlicher Verantwortung – mit an Europa. Stimmen wir am 12. Juni mit  Ja.

 Initiatives für Europa

In unzähligen Zeitungen erscheint ein Inserat, das suggerieren soll, die Gegner der „Bilateralen“ würden sich aus lauter rechts-stehenden Schweizern zusammensetzen, von Nationalrat Hess bis Indlekofer. Dieser Teil verwischt nur den ganzen Angriff der bilateralen Verträge auf den ökologischen und sozialen Konsens der heutigen Schweiz.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, lassen Sie sich nicht hinters Licht führen. Die Österreicher bereuen heute bitter ihr damaliges „Ja“ und überlegen, wie der schwere Weg hinaus beschritten werden kann.

Grossfinanz und Sozialistische Internationale erklären ihre Ziele nicht. Sie opfern die Schweiz, ihre Unabhängigkeit, das kostbare Modell „direkte Demokratie“, den Mittelstand, die KMU's, die Landwirtschaft und alle ökologischen und sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte für ihre verdeckten Interessen.

Darum am 21. Mai:

# NEIN!

# Achtung: Abstimmungs-Manipulation

Kürstner Bauer ANZEIGEN 1. Juni 1994 21



Aus der Erklärung der österreichischen Bischöfe vom März 1994:

„Es steht uns Bischöfen nicht zu, den Katholiken ein Ja oder Nein zur EU zu empfehlen. Wir verweisen aber darauf, daß nach zwei mörderischen Weltkriegern Staatsmänner aus christlicher Verantwortung das Konzept einer europäischen Integration entworfen und gefördert haben, weil ihnen ein dauerhafter Frieden in Europa nur durch wachsende wirtschaftliche, kulturelle und politische Integration als möglich erschien. Diese Sicht ist in der heutigen Situation unvermindert aktuell.

Bei aller gebotenen sorgsamsten Abwägung des Für und Wider zur weiteren Integration wird ein besuchter Christ den Auftrag und die Chance ernst nehmen, auf dem Bauplatz Europa mit den Maßstäben des Evangeliums mitnützig zu sein.“

Bauen wir also – in christlicher Verantwortung – mit an Europa. Stimmten wir am 12. Juni mit **X** Ja.

 Initiativen für Europa

Mit diesem Inserat wurde das katholische Österreich in den letzten Tagen vor der Volksabstimmung über den Beitritt zur EU 1994 manipuliert und *verführt*. Das Bild der Bischöfe des Landes beim Heiligen Vater suggerierte, dass die Bischofskonferenz des Landes den EU-Beitritt offiziell empfehle. Nur wenige Bürger sahen über dem Bild das Kleingedruckte: «Anzeigen». Es war eine Bild- und Textcollage des Wiener PR-Büros, das im Auftrag der Grossfinanz dieses Inserat in vielen Zeitungen des Landes publizierte.

„Geld spielt keine Rolle“, hiess es damals auf der Befürworter-Seite. „Geld spielt keine Rolle“, gilt auch für das Ja-Komitee in Bern.

Die Schweizer lassen sich vom Ja-Komitee, von Bundesrat, Integrationsbüro und „Blick“ (der neuen Hofzeitung des Bundesrates) nicht gut mit Kirchenmännern über den Tisch ziehen. Deshalb setzen sie politische Vertrauensleute der verschiedenen Landesregionen und Menschen ein, die von ihrem Beruf her dem „Volk“ vertraut sind. Im „Blick“ vom Mittwoch wurden Fragen an Bundesrat Deiss publiziert, die angeblich von verschiedenen Anrufern so gestellt worden seien. In einem Fall steht schon fest, dass nur der nackte Name dem Ja-Komitee zur Verfügung gestellt

wurde: Der „Blick“ hat die „Frage“ selbst gestellt, damit BR Deiss in seiner neuen „Prawda“ diejenige Propagandaantwort plazieren konnte, die nötig war.

Das „Ja-Büro“ hat schon vergangene Woche verlauten lassen, dass es in der letzten Woche noch eine Schlussrunde „Positivkampagne“ mit allen Bundesräten machen werde. Zu diesem Zweck mischte sich auch der deutsche Bundespräsident Johannes Rau (SPD) bei seinem Staatsbesuch in Bern voll in die Abstimmung ein („Echo der Zeit“ vom Mittwoch). Er empfiehlt uns, bei allem Verständnis für die direkt-demokratische Eigenheit der Schweiz, am 21. Mai „Weitsicht“ zu zeigen und zuzustimmen.

Wir empfehlen ihm, in seinem eigenen Haus zu kehren und im sozialistischen Deutschland mehr „Weitsicht“ zum Tragen zu bringen. BR Ogi hat seinen Empfang begleitet, wie wenn er der grösste Patriot wäre. Er ist es aber, der Land und Leute verrät, indem er die Schweiz immer stärker in die Nato einbinden will. Dies im Zeitalter einer neuen Nato-Doktrin mit einer Hochrüstungsrunde in der ganzen Welt, wie Europa sie vor dem Ersten Weltkrieg kannte. Wollen Sie, liebe Frauen und Mütter, dass Ihre Kinder in einigen Jahren in kommende Kriege einbezogen werden? General Guisan hat Land und Menschen damals verteidigt, BR Ogi verrät sie für ein Linsengericht; er tritt in die Fussstapfen von Pilet-Golaz.

Dieser Teil „Positivkampagne“ des „Ja-Komitees“ wird von einer Schlussrunde „Negativkampagne“ begleitet: In unzähligen Zeitungen erscheint ein Inserat, das suggerieren soll, die Gegner der „Bilateralen“ würden sich aus lauter lügenhaften, rechts-stehenden Schweizern zusammensetzen. Dieser Teil verwischt nur den ganzen Angriff der bilateralen Verträge auf den ökologischen und sozialen Konsens der heutigen Schweiz.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, lassen Sie sich nicht hinters Licht führen. Die Österreicher bereuen heute bitter ihr damaliges „Ja“ und überlegen, wie sie den schweren Weg aus der EU beschreiten können. Grossfinanz und Sozialistische Internationale erklären ihre Ziele nicht. Sie opfern die Schweiz, ihre Unabhängigkeit, das kostbare Modell „direkte Demokratie“, den Mittelstand, die KMU's, die Landwirtschaft und alle ökologischen und sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte für ihre verdeckten Interessen.

Darum am 21. Mai:

# NEIN!

# Ein ökologisches und soziales NEIN zu den bilateralen Verträgen,

- weil**
- die industrielle EU-Landwirtschaft weder ökologisch noch krisenfest ist.
  - der sinnlose Hin- und Hertransport von Tieren, Waren, Dienstleistungen und Menschen die gewachsene Vielfalt zerstört und der Natur zuwiderläuft.
  - der ungezügelter Wettbewerb den sozialen Frieden stört und nur den Grossen nützt.
  - wir alle weiterhin direkt-demokratisch über die Kernbereiche unserer Volkswirtschaft mitbestimmen wollen.

## NEIN sagen u. a.:

EDU • FPS • Lega dei Ticinesi • SD • SVP LU, SG, ZH, ZG, AR, SZ, VS, BS, NWTI  
AUNS • Stopp dem Beton • Komitee Schweizer Jugend gegen Bilaterale • Eidgenössisches Komitee gegen den sektoriellen EU-Beitritt – Bilaterale Verträge NEIN • Alleanza Liberi e Svizzeri, Lugano • Association Suisse-Info, Lausanne • Bewegung Neutrale Schweiz, Luzern • Bürgerkomitee Solothurn gegen die bilateralen Verträge, Oberbögen • Comitato ticinese bilaterali NO, Muralto • Eine Schweiz für unsere Kinder • Forum für den Souverän, Malans • Informationskomitee Bilaterale, Leukerbad • Unternehmervereinigung gegen den EWR/EU-Beitritt, Dällikon • Unabhängige Bürgerbewegung Graubünden, Fürstenaubruck • St. Galler Komitee gegen den sektoriellen EU-Beitritt, Wil/SG • Verein gegen Tierfabriken, VgT, Tuttwil • Zentralschweizer Komitee gegen die Bilateralen, Littau • ZKFU, Zürcher Komitee für Freiheit und Unabhängigkeit, Volketswil • Schweizer Bürgervotum, Dozwil • KFU Waldstätte, Komitee für Freiheit und Unabhängigkeit, Littau • «L'equipe» groupe civique hors partis, Genève • Comité romand d'opposition aux accord bilatéraux, Sion

Der Alpenschutzartikel verlangt, dass Lastwagen, die die Schweiz von Grenze zu Grenze durchfahren (EU-Verkehr), bis 2004 auf die Schiene müssen. Art. 1 Abs. 2 (Landverkehr) besagt aber: "Die Bestimmungen dieses Abkommens und ihre Anwendungen beruhen auf (...) der freien Wahl des Verkehrsträgers."

Mit der Zulassung der 40-Töner werden, so BR Leuenberger (29.8.98, Luzern), jährlich 600 000 zusätzliche Lastwagen durch die Schweiz fahren, die bisher den Umweg über Österreich und Frankreich nahmen. Mit allen Folgen für Mensch, Tier und Umwelt. Österreich nach dem EU-Beitritt: Zunahme des Schwerverkehrs um über 50%! Zweistellige jährliche Zuwachsraten.

Die Schweizer Wirtschaft wird hauptsächlich von KMUs getragen. Sie sind in der demokratischen und ökologischen Kultur unseres Landes verwurzelt und tragen soziale Verantwortung. Die bilateralen Verträge begünstigen einseitig Grosskonzerne, denn nur sie können dem harten Konkurrenzkampf mit Tiefstpreisen standhalten. Das ein-



heimische Gewerbe wird damit geopfert, höhere Arbeitslosenzahlen werden unabwendbar (EU-Durchschnitt 9,7%, Jugendarbeitslosigkeit 15%).

Auch Befürworter rechnen mit mind. 50% Betriebsschliessungen in der Landwirtschaft – mit allen menschlichen und sozialen Folgen. Wir gefährden damit auch die Landesversorgung und wir könnten uns

nicht mehr gegen die Überschwemmung des Marktes mit Gen-Tech-Produkten wehren (Art. 14 Abs. 2). Die EU lehnte kürzlich strengere Vorschriften für gentechnisch veränderte Organismen (GVO), eine Umwelt- und Gefährdungshaftung, ein Verbot antibiotikaresistenter Gene und ein Verbot der Genübertragung von GVO auf andere Pflanzen ab.

Die von der EU verfolgte völlige Freiheit des Marktes ist im Grunde die Macht des Stärkeren, der die demokratischen Rechte der Bürger ein Dorn im Auge sind. Im Bereich der Verträge geben wir unsere direkt-demokratischen Rechte auf, während im zentralistischen Brüssel die Mulits ihren Einfluss ohne demokratische Kontrolle geltend machen.